

Diplom statt Ehrendoktor für Churchill

Heute feiert die Uni Zürich den Besuch vor 70 Jahren. Damals waren die Bedenken gross.

VON PASCAL RITTER

Die Bevölkerung war begeistert, als Winston Churchill vor 70 Jahren die Schweiz besuchte. Als der britische Kriegspremier im September 1946 im Zug von Genf Bern erreichte, wartete eine Menschenmenge an der eigens eingerichteten Haltestelle. Als er tags darauf in einer offenen Kutsche durch die Berner Altstadt fuhr, jubelten die Menschen aus den Fenstern und von den Trottoirs.

In Zürich sollten Ankunftszeit und Ankunftsort eigentlich geheim bleiben. Trotzdem fanden sich am 18. September zahlreich Menschen beim Bahnhof Enge ein, um Churchill zu begrüßen. Am nächsten Tag hielt er an der Uni Zürich in der Aula vor Hunderten Studenten seine Rede «Let Europe arise!» und fuhr anschließend in einem offenen Wagen durch die Stadt. Auf dem Münsterhof sprach er noch einmal vor Tausenden begeisterter Menschen. Im Trubel auf den Strassen ging fast vergessen, dass Churchill offiziell als Privatmann zu Besuch war in der Schweiz. Seine Partei hatte im

Juli 1945 die Unterhauswahlen verloren, er musste seinem bisherigen Stellvertreter und Labour-Chef Clement Attlee Platz machen. Offiziell war Churchill in der Schweiz nur in den Ferien. Während ihn die Bevölkerung feierte, spreizte er Zeige- und Mittelfinger zu einem zu einem «V»: «Victory». Er galt als Sieger des Krieges gegen Nazi-Deutschland. Die Menschen auf der Strasse liebten ihn dafür.

Uni Zürich zierte sich

Weniger uneingeschränkt war die Begeisterung unter den Professoren der Universität Zürich. Zumindest als es darum ging, dem Kriegspremier einen Ehrendokortitel zu verleihen. Als das Anliegen an die Universität herangetragen wurde, herrschte zunächst Unklarheit, wer überhaupt zuständig ist. Der Rektor konnte die Frage nicht entscheiden, weil nur eine einzelne Fakultät eine Ehrenpromotion vornehmen konnte. Sowohl an der philosophischen als auch an der rechtswissenschaftlichen Fakultät wurde das Anliegen diskutiert. Die Bedenken waren gross. Einige Professoren hielten den



Winston Churchill während seines Besuchs 1946 in Zürich. Keystone

Zeitpunkt für ungeeignet, andere wollten grundsätzlich keine Ehrendokortitel an Politiker vergeben. Dies lag an der schlechten Erfahrung, welche die Uni Lausanne gemacht hatte.

Ehrendoktor Mussolini

Bis zum heutigen Tag ist Benito Mussolini Ehrendoktor der Universität Lausanne. Der italienische Faschistenführer erlangte diese Ehre im Jahr 1937. Schon damals führte dies zu heftiger Kritik. Die Zürcher Professoren waren ob des Missgriffs der Uni Lausanne teils derart verunsichert, dass sie lieber ganz auf einen Doctor honoris causa Winston Churchill verzichteten. Zudem standen Bedenken im Raum, Churchill würde in seiner Rede die Sowjetunion provozieren, wie er es in Fulton

(Missouri) getan hatte. Dort sprach er kurz zuvor vom Eisernen Vorhang der Sowjetunion. In der Absage an den Organisator des Churchill-Besuches verwies der Rektor auf «die gegenwärtige politische Gärung». Die Absage erfolgte ohne Abstimmung der Professoren. Ein offizielles Nein wäre zu peinlich gewesen.

Die Zweifel der Zürcher blieben auch nach der Abwendung eines Ehrendoktors intakt. Bevor sie Churchill erlaubten, eine Rede zu halten, fragten sie den Bundesrat um Erlaubnis. Schliesslich erhielt Churchill ein eigens für ihn entworfenes Ehrendiplom. Er soll nicht «amused» gewesen sein. Von der damaligen Vorsicht spricht heute niemand mehr. Eine Ehrentafel erinnert in der Aula an den hohen Besuch.

Sonntag, 4. September 2016

Die auf dieser Seite publizierten Texte stehen ausserhalb der redaktionellen Verantwortung. Informieren Sie sich bei der az Aargauer Zeitung, Tel. 058 200 53 53, inserate@aargauerzeitung.ch

Publireportage | Autocenter Emil Frey, Safenwil

Qualität in jeder Form und Grösse

Mit dem neuen Niro Hybrid baut Kia das Angebot weiter aus - und hält an bekannten Stärken fest.

Ob wendiger Kleinwagen oder zugkräftiges SUV: Kia steht für höchste Qualität und vernünftige Preise. Daher ist die südkoreanische Marke beim Emil Frey Autocenter in Safenwil ideal vertreten.

Über den neuen Kia Niro freut sich Pascal Lanz, Verkaufsleiter beim Emil Frey Autocenter in Safenwil, besonders. Der kompakte Crossover glänzt nicht nur mit seinem modernen Design und dem effizienten Hybridantrieb. «Der Niro bietet viele Ausstattungsmerkmale, die man eigentlich nur aus höheren Fahrzeugklassen kennt», betont Lanz. So kommt der Hybrid serienmässig mit LED-Tagfahrlicht, Notbremsassistent und Tempomat mit Distanzassistent. Und das zu einem Grundpreis von nur 36 400 Franken. «Der Niro kommt grundsätzlich nur mit voller Ausstattung. Auch das Navigationssystem ist inklusive. Lediglich für Metallic-Lackierung und 18-Zoll-Felgen ist ein Aufpreis fällig», erklärt Lanz.

Garantiert zuverlässig

Wie bei jedem Kia gilt auch beim Niro die 3 mal 7 Formel: 7 Jahre Garantie, 7 Jahre Assistance und 7 Jahre gratis Karten-Update für die Navigation. «Das zeigt, wie stark Kia von der Langlebigkeit seiner Produkte überzeugt ist», sagt Lanz. Absolut zurecht: Erst vor kurzem meisterte der Kia Sportage als erstes Auto überhaupt einen Dauertest über 100 000 Kilometer ohne einen einzigen Zwischenfall. Auch bei der Kundenzufriedenheitsumfrage von JD Power in den



Verkaufsleiter Pascal Lanz (2.v.l.) und sein Team sind von den Qualitäten der Kia-Modellpalette überzeugt und empfehlen eine Probefahrt mit dem neuen Niro.

USA erzielte der Sportage Bestnoten. Eindrucksvoller kann man Qualität nicht unter Beweis stellen.

Bereit für jeden Einsatz

Ganz oben in der Kia-Modellpalette steht der Sorento. Der grosse SUV mit bis zu sieben Sitzplätzen ist nicht nur komfortabel, sondern auf Wunsch auch ein echtes Arbeitstier mit bis zu zwei Tonnen Anhängelast. Doch damit nicht genug: Die Spezialisten des Emil Frey Autocenters in Safenwil bieten eine offiziell abgenommene Auflastung an, sodass der Sorento gar bis zu drei Tonnen



ziehen darf. «Das lohnt sich, wenn man den Sorento als Zugfahrzeug nutzen will auf jeden Fall. Die Auflastung ist schon ab 2960 Franken zu haben», meint Verkaufsleiter Pascal Lanz.

«Wer hingegen eher Personen als Anhänger transportiert, ist auch mit dem kompakten Carens gut bedient», fügt er hinzu. Der kompakte, stadtaugliche 7-Plätzer ist bereits ab 26 450 Franken zu haben. Natürlich nicht nur mit umfangreicher Ausstattung, sondern auch mit der 3 mal 7 Formel. Beste Qualität zum besten Preis, das ist schliesslich ein absolutes Muss für jeden Kia. (PD)

TOP-ANGEBOTE

Das Emil Frey Autocenter in Safenwil hält stets Lager- und Vorfahrzeuge für Sie bereit. Diese finden Sie unter: www.emilfrey.ch/safenwil Oder direkt per QR-Code:

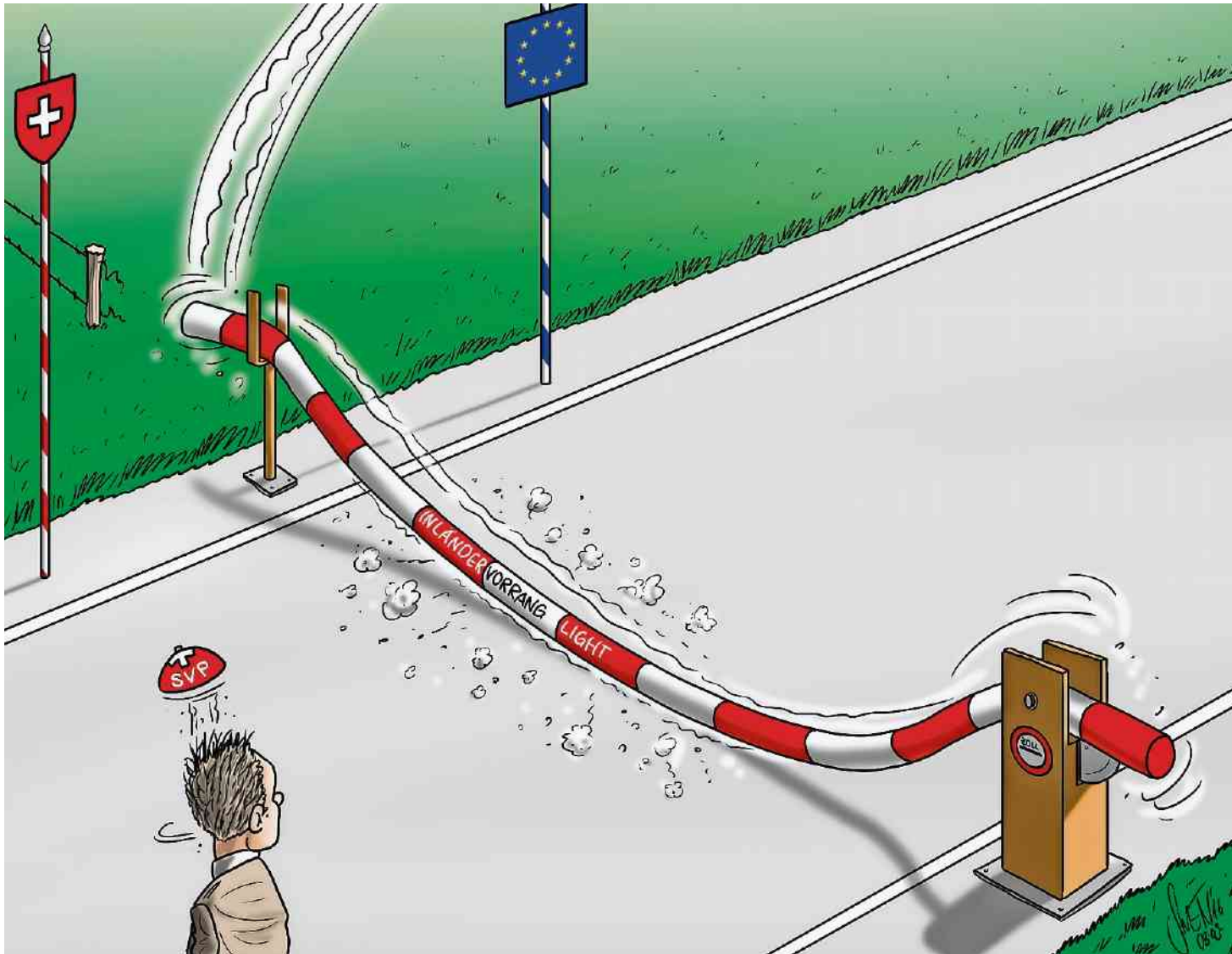


SO FINDEN SIE UNS



EMIL FREY AG,
AUTOCENTER SAFENWIL
Emil-Frey-Strasse
5745 Safenwil
Tel.: 062 788 88 88
autocenter@emilfrey.ch

HO/PD



Silvan Wegmann zur Woche.

Gastbeitrag von **Daniel Schwarz**

Die Kritik an der direkten Demokratie wird lauter

Zumindest eines haben der britische Ex-Premierminister Cameron und der frühere französische Staatspräsident de Gaulle gemeinsam: Beide sind mit einem strategisch angesetzten Referendum grandios gescheitert. De Gaulle glaubte 1969, sich mit einer populären Vorlage über eine Verwaltungsreform direkt an «sein» Volk wenden und dadurch auch seine eigene Position festigen zu können. Zudem drohte er mit Rücktritt für den Fall des Scheiterns, was als zusätzliche Motivation dienen sollte. Die Mehrheit der Franzosen war tatsächlich motiviert und nutzte die Gunst der Stunde, den fast 80-Jährigen in Rente zu schicken.

Auch bei der Brexit-Abstimmung dürfte für den einen oder andern Briten die Aussicht auf eine Regierung ohne Cameron zu verlockend gewesen sein. Nicht jeder, der gegen die EU gestimmt hat, hat wohl auf diesen Ausgang des Referendums gehofft.

Der Brexit-Entscheid rief viele Kritiker der direkten Demokratie auf den Plan. Diese übersehen jedoch, dass von der Regierung verordnete Plebiszite, die keiner staatsrechtlichen Systematik folgen, völlig ungeeignete Anschauungsobjekte sind. In der plebisziären Demokratie kumulieren sich die Nachteile der repräsentativen und der direkten Demokratie. Wenn nur alle paar Jahre oder Jahrzehnte Volksabstimmungen abgehalten werden, mangelt es auf allen Seiten an der politischen Erfahrung im Umgang mit ihnen. Es dürfte ein Unterschied sein, ob man als Bürger regelmässig über irgendein EU- oder Ausländerthema abstimmt oder ob dies wie im Fall der Briten einmal pro Generation vorkommt. Über eine so lan-

ge Zeitspanne staut sich mancher Ärger auf, der sich in einer seltenen Abstimmung Luft verschafft.

Es ist an sich völlig in Ordnung, wenn ein Staat sich für eine rein repräsentative Demokratie entscheidet – nur bleibt er dann besser dabei und verzichtet auf Plebiszite. Oder er beschliesst bewusst den behutsamen Einstieg in die halbdirekte Demokratie mit klar geregelten Verfahren, wie es die Schweiz im 19. Jahrhundert getan hat. Nur so baut die direkte Demokratie Vertrauen zwischen Bürgerschaft und Politikern auf.

Ist in unserer halbdirekten Demokratie also alles in Ordnung? Mitnichten. Schon lange bekannt ist, dass mehr Volksrechte die Repräsentation der Interessen der Bevölkerung nicht verbessern. Stattdessen erhalten einfach diejenigen, die sich für Politik stark interessieren und sich darum ohnehin häufig politisch beteiligen, noch mehr politische Einflussmöglichkeiten. Zudem werden die meisten Referenden und Volksinitiativen nicht «aus dem Volk», sondern von etablierten Interessengruppen und Parteien lanciert. Sie repräsentieren eigene Interessen und Anliegen, welche sie der Bevölkerung schmackhaft machen wollen.

Ebenfalls bekannt sind die Probleme mit Abstimmungen, die eine aussenpolitische Komponente aufweisen. Nicht erst seit der Masseneinwanderungs-, sondern bereits mit der Alpeninitiative von 1994 war das so. Bei rein innenpolitischen Vorlagen findet das politische Tauziehen im vertrauten schweizerischen Rahmen statt – man ist quasi unter sich. Aussenpolitische Vorlagen benötigen hingegen eine minimale Verständ-



Daniel Schwarz ist Politikwissenschaftler und Mitbegründer der Online-Wahlhilfe «smartvote». Von 2011 bis 2013 lebte und forschte er in London.

«Erfolgreiche Initianten stellen Forderungen auf, müssen aber keine Verantwortung dafür übernehmen.»

gung mit anderen, ebenfalls demokratischen Gemeinwesen. Die manchmal geäusserte Haltung, die anderen Demokratien sollen sich gefälligst dem schweizerischen Volkswillen beugen, ist nichts als arrogant. Zu sehen ist ein Konstruktionsfehler unserer Volksrechte: Erfolgreiche Initianten stellen Forderungen auf, müssen aber keine Verantwortung dafür übernehmen. Beschlossen hat es ja das Volk, aussenpolitisch verhandeln und innenpolitisch umsetzen müssen es Bundesrat und Parlament. Die Initianten befinden sich gar in einer Win-win-Situation: Entweder gelingt die Umsetzung – oder man wirft dem Bundesrat Verrat am Volk vor.

Als neues Element kommt seit einiger Zeit eine von Misstrauen geprägte Unerbittlichkeit der Initianten hinzu. Was immer stärker auch auf die Stimmbewölkerung abfärbt. Kompromisslos werden Maximalforderungen erhoben, und nur die unverzüglich zu erfolgende wortgetreue Umsetzung des Initiativtextes wird akzeptiert. Beispiele hierfür haben die Wortführer der Verwahrungs-, Pädophilen-, Ausschaffungs- und Abzockerinitiative genug geliefert. Volksinitiativen werden so zum Mittel der Volksgesetzgebung umgedeutet. Klüger ist es, wenn Volksentscheide nur Leitplanken vorgeben. Sie politisch vernünftig und juristisch vertretbar umzusetzen, sollte dem Parlament obliegen. Gegen dessen Vorschlag kann schliesslich erneut das Referendum ergriffen werden.

Mit dieser Aufgabenteilung ist die Schweiz seit 1891 recht gut gefahren. Rückt man davon ab, dürfte die Kritik an der direkten Demokratie auch in der Schweiz bald lauter werden.

Politiker, geht an die Grenze!



Pascal Ritter
Nachrichtenredaktor

Die Nachricht: Gleich zwei Politiker bekamen es diese Woche mit der Polizei zu tun, weil sie nach ihren Überzeugungen handelten: SVP-Nationalrat Pirmin Schwander und SP-Grossrätin Lisa Bosia Mirra.

Der Kommentar: Er half einer Frau, als sie mit ihrem Kind auf der Flucht war vor Behörden und Polizei. Sie half Minderjährigen auf der Flucht in die Schweiz. Ihn trifft die Anschuldigung der Beihilfe zur Kindsentführung. Sie trifft der Vorwurf der Schlepperei. Er beruft sich auf das Recht der Mutter, bei ihrem Kind zu sein. Sie beruft sich auf das Rechte der Kinder auf Asyl. Beide können sich auf ihre Immunität als gewählte Politiker berufen. Beiden wird nun vorgeworfen, das Gesetz zu übertreten, statt es geduldig und auf den vorgesehenen Wegen zu verbessern.

Erheben kann den Vorwurf nur, wer die Behörden für unfehlbar hält. Nur weil die Polizei vor der Tür steht, heisst es noch nicht, dass man im Unrecht ist. Es gibt gute Argumente dafür, dass das Grenzregime in Chiasso nicht rechtens ist. Kindern zu helfen, es zu überwinden, ist aus dieser Sicht nicht verboten. Es gibt gute Gründe zu sagen, einzelne Massnahmen der KESB sind nicht rechtens. Betroffenen zu helfen ist aus dieser Sicht nicht verboten. Kommt hinzu: Ein Kind hat nicht die Zeit, ein Schweizer Gesetzgebungsverfahren abzuwarten. Politikern, die ihre Überzeugung auch in diesen Graubereichen des Rechts in die Tat umsetzen, gebührt Respekt. Umso mehr, wenn sie den Mut aufbringen, nicht auf ihre Immunität zu pochen und ihre Argumente nicht nur im Parlament, sondern auch vor Gericht vorbringen.

Trotzdem ist die politische Immunität eine wichtige Errungenschaft der Demokratie. Ohne sie würden Politiker mit Klagen des Gegners gelähmt. Die Rechten von links und die Linken von rechts. Immun blieben nur die Mutlosen und Mittelmässigen.

pascal.ritter@azmedien.ch, Twitter: @typeritter

Der Regulator sollte gut zu hören



Niklaus Vontobel
Wirtschaftsredaktor

Die Nachricht: Der Raiffeisenbank-Chef Patrik Gisel will die Regeln zur Vergabe von Hypotheken lockern. Die Banken sollen nicht mehr mit einem Zins von 5 Prozent berechnen, ob sich Kunden eine Hypothek leisten können. Nach Ansicht von Gisel würden 3 Prozent reichen.

Der Kommentar: Man könnte es sich einfach machen. Dann würde man die die Forderung von Patrik Gisel als Geschwätz im Interesse des eigenen Instituts abtun. Die Raiffeisenbank wolle bloss das eigene Geschäft fördern.

Dafür könnte man sich genüsslich aus der Geschichte der Preisblasen bedienen. Wann immer sie auftauchten – in Märkten für Tulpen, Aktien oder Immobilien – traten Menschen auf den Plan mit der gleichen Botschaft: dieses Mal ist alles anderes. Dieses Mal – in dieser Preisblase – sind die hohen Preise gerechtfertigt.

In dieser Kategorie könnte man auch Gisel unterbringen. Da behauptet ein Banken-Vertreter, die rekordtiefen Zinsen seien nicht wiederum eine Übertreibung. Dass die Zinsen nicht unvermeidlich wieder ansteigen würden – auf drei, vier oder fünf Prozent.

Und doch: Die Regulatoren sind gut beraten, Patrik Gisel zuzuhören. Man muss nur nach Japan schauen, um zu wissen: Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Zinsen noch ein oder zwei Jahrzehnte sehr tief bleiben. Amerikanische Ökonomen, die sich vor den letzten Preisblasen als Warner hervorgetan haben, sagen heute: es ist nicht ausgeschlossen, dass die Industriestaaten noch auf Jahrzehnte hinaus mit Niedrigzinsen leben müssen.

Die Industriestaaten und mit ihnen die Schweiz beschreiben Neuland. Kein Regulator kann es sich leisten, auf Einsichten aus dem täglichen Hypothekar-Geschäft zu verzichten. Er weiss es nicht besser als der Banker.

niklaus.vontobel@schweizsamsonntag.ch